



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Landesverband Niedersachsen e. V.  
Kreisgruppe Grafschaft Bentheim



Landwirtschaftlicher Kreisverein  
Grafschaft Bentheim e.V.  
Elfriede Werdermann

Berliner Straße 2  
49828 Neuenhaus

Schüttorf, den 22.05.2015

**Betr.: Wenn der Bauer zum Bösewicht wird – GN Bericht vom 19.Mai 2015.  
BUND und NABU zeigen einen Weg der kleinen Schritte für ein besseres Image  
auf**

Sehr geehrte Frau Werdermann,

wir gehen davon aus, dass auch Sie den Pressebericht in den Grafschafter Nachrichten vom 19. Mai 2015 gelesen haben. Fast wöchentlich wird man mit negativen Schlagzeilen über die Landwirtschaft in den öffentlichen Medien konfrontiert. Das Bundesamt für Naturschutz hat festgestellt, dass jede dritte Tier und Pflanzenart in ihrem Bestand gefährdet ist und vier Prozent bereits ausgestorben sind. Als Hauptverursacher wurde immer wieder die intensive Landwirtschaft ermittelt ( siehe z. B. Grafschafter Nachrichten vom 21.Mai 2015 ).

Es ist traurig, dass es soweit kommen musste. Entgegen den Warnungen von Umweltverbänden und besorgten Bürgern hat die Agrarlobby, unterstützt durch eine landwirtschaftsfreundliche Politik, einen Weg vorgegeben, der nur in eine Sackgasse führen konnte. Selbst auf der „30. Anbautagung der Grenzland-Anbauberatung“ im Februar 2015 in Wilsun hat der Biologe und Zukunftsforscher Dr. Manfred Kern vor 300 Landwirten den in Deutschland von der Landwirtschaft eingeschlagenen Weg immer noch für richtig erklärt und weiteres Potenzial zur Ertragssteigerung durch Bewässerung und „grüne Gentechnik“ propagiert.

Beim Neubau großer Massentierställe wurden Unfriede in die Dörfer getragen und sogar gewachsene Nachbarschaften zerstört. Flora und Fauna haben durch die fortschreitende Vermehrung der Monokulturen massiv gelitten. Selbst die eigentlich landwirtschaftsfreundliche Jägerschaft beklagt, dass es kaum noch jagdbares Niederwild bei uns in der Grafschaft Bentheim gibt. Hase, Kaninchen, Fasan, Rebhuhn, Feldlerche und die einst in der Grafschaft Bentheim charakteristischen Wiesenvögel, Großer Brachvogel, Uferschnepfe und Kiebitz, sind massiv auf dem Rückzug. Ihr Bestand schrumpft dramatisch. Wenn die Entwicklung ungebremst weitergeht, ist abzusehen, wann sie bei uns ausgestorben sind.

Dieses geschieht mittlerweile nicht mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Beide Umweltverbände werden regelmäßig von besorgten und auch verärgerten Bürgern angesprochen und gebeten, gegen die Natur- und Umweltzerstörung durch Landwirte vorzugehen. Leider müssen wir meistens darauf verweisen, dass viele Landwirte nicht rechtswidrig handeln, wenn zum Beispiel Wallhecken „Auf-den-Stock“ gesetzt oder nicht geschützte Pflanzstreifen und Einzelbäume ersatzlos gefällt werden um Ackerflächen zu optimieren. Selbst über 80 Jahre alte Eichen werden auf Wallhecken gefällt, um entweder Kaminholz zu schlagen, oder eine Beschattung angrenzender Ackerflächen zu vermeiden.

Es ist verständlich, wenn Eigentumsflächen bestmöglich genutzt werden, aber das Pflügen bis in den Wurzelbereich von Bäumen, Hecken und Waldrändern sowie auf die äußersten Ränder von Entwässerungsgräben und Wege- und Straßenbefestigungen über die Eigentumsgrenzen hinaus

ist nicht rechtens und für den Bürger nicht verständlich. Hinzu kommt die chemische Beeinträchtigung von Ackerrandstreifen durch das Spritzen bis über die Eigentumsgrenzen hinaus, was durch die braune Verfärbung der Ackerrandpflanzen immer sehr deutlich zu erkennen ist. Beobachtet wurden nicht nur wenige Einzelfälle, sondern eine anscheinend regelmäßig ausgeübte Praxis.

Dieses Image, welches sich mit jeder negativen öffentlichen Berichterstattung weiter verschlechtert, könnte nach Meinung der Verbände erheblich verbessert werden. Die penible Einhaltung rechtlicher Vorgaben sollte an oberster Stelle stehen. Darüber hinaus könnte durch freiwillige Maßnahmen auch eine Imageverbesserung erreicht werden.

**Die Umweltverbände BUND und NABU möchten daher mit einem „ 10 Punkte Plan“ den Landwirten einen Weg aufzeigen, der es ihnen ermöglicht, der Natur und Umwelt zu helfen und eine positive Berichterstattung, zumindest in den lokalen Medien zu bekommen:**

- Die sofortige Rücknahme der landwirtschaftlichen Nutzung von öffentlichen Flächen auf die tatsächlichen Eigentumsgrenzen an allen Straßen, Wegen und Gewässern ohne auf eine ausdrückliche Aufforderung durch die betroffenen Städte, Gemeinden und Grundstücks- und Wasserverbände zu warten.
- Einhaltung eines ausreichenden Abstandes bei der Bewirtschaftung von Ackerflächen zu Bäumen, Hecken und Waldrändern, um die Wurzelbereiche der Gehölze zu schützen und Einhaltung eines sicheren, mindestens 1,00 m breiten Abstandes zu den Nutzungsgrenzen beim Ausbringen von Gülle und der Behandlung mit chemischen Pflanzenschutzmitteln.
- Erhalt ungenutzter, schmale Streifen an den Ackerrändern bei der Getreide- und Grasmahd, um Nahrungs- und Rückzugsräume für Niederwild und Wiesenbrüter zu schaffen.
- Mahd ausschließlich tagsüber und von innen nach außen sowie Ergreifung weiterer Maßnahmen (z.B. Verwendung von Knistertüten), um den Mähtod von Tieren zu verhindern.
- Zusammenarbeit bei der frühen Mahd von Grünflächen mit Vogelschützern, um die Zerstörung von Nestern geschützter Vogelarten zu vermeiden. Einrichtung sogenannter Lerchenfenster ( Infos dazu von den Naturschutzverbänden ).
- Erhalt einzelner Solitärbäume beim „Auf-den-Stock-Setzen“ der Wallhecken und Abschnittsbildung beim Heckenschnitt, um den Tieren nicht auf langen Strecken die Deckung zu nehmen. Aufsichtung von Benjeshecken durch das anfallende Astmaterial und Durchführung regelmäßiger Pflegeschnitte um Rückzugs- und Nistmöglichkeiten für Tiere zu belassen.
- Anlage von Hecken und Pflanz- und Blühstreifen auf eigenem Grund und Boden sowie Neuanlage und Pflege von Eingrünungen an Gehöften und Stallanlagen, insbesondere Anpflanzung neuer Hofeichen nach traditionellem Vorbild.
- Herstellung geeigneter Nistmöglichkeiten für wildlebende Tiere an und in landwirtschaftlichen Gebäuden, insbesondere Öffnung geeigneter Gebäude für Eulen und Schwalben.
- Kein weiterer Umbruch von Grünland.
- Erarbeitung gemeinsamer Hilfsmaßnahmen mit Naturschutzbehörden und Naturschutzverbänden, insbesondere zur Stabilisierung und Entwicklung der verbliebenen Wiesenvogelpopulationen.

BUND und NABU würden es begrüßen, wenn Sie diese Vorschläge in Ihrem Verband diskutieren würden. Hierbei ist es von besonderer Bedeutung, dass diese Maßnahmen freiwillig, ohne gesetzlichen Zwang und ohne Ausgleichszahlungen erfolgen, um zu zeigen,

dass auch den Landwirten die Erhaltung einer intakten Natur und Umwelt persönlich am Herzen liegt.

Den Umweltverbänden ist durchaus bekannt, dass es auch Landwirte gibt, die nachhaltig, umweltbewusst und rechtlich korrekt wirtschaften. Ihnen gilt unser Dank. Doch leider ist das nicht für alle Landwirte und die industrielle Landwirtschaft selbstverständlich.

Da diese Thematik von großem öffentlichem Interesse ist, haben wir diesen Brief auch der Presse zur Kenntnis gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Walter Oppel    BUND  
Gerhard Busmann    NABU